

Liebe, Tränen und die Götter des Gerichtshofs

Michael Weigand aus Aachen beschäftigt sich mit der Meldung „Urteil: Flüchtlingbürgen müssen weniger haften“:

In dieser Überschrift ist der skandalöse Sachverhalt in keiner Weise angemessen zusammengefasst. Im Jahre 2014, als die humanitäre Situation im syrischen Bürgerkrieg sich zuspitzte, haben viele verzweifelte in Deutschland lebende Syrer versucht, ihren Angehörigen bei der Flucht aus Syrien zu helfen.

Im Rahmen von sogenannten Landesaufnahmeprogrammen wurde ermöglicht, den Flüchtlingsfamilien eine gefährliche Reise zu ersparen. Notwendig dazu waren Bürgschaften, sogenannte Verpflichtungserklärungen, um den Unterhalt für die Flüchtlinge in den ersten Monaten zu sichern. Da die in Deutschland lebenden Syrer dazu finanziell in der Regel nicht in der Lage waren, wendeten sie sich an Personen mit ausreichender Bonität, meist aus dem persönlichen Umfeld. In NRW bestand seinerzeit die Rechtsauffassung, dass die finanzielle Verantwortung für die Flüchtlinge mit Anerkennung des Asylstatus endet. Viele Bürger haben sich darauf verlassen und sind angesichts der drängenden humanitären Probleme diese vermeintlich zeitlich und finanziell überschaubare Verpflichtung eingegangen.

In dem aktuellen Urteil hat sich nun das Land NRW der Rechtsauffassung des Bundes angeschlossen, wonach die Bürgen jetzt rückwirkend für fünf, mindestens aber für drei Jahre die Unterhaltskosten für die Flüchtlinge übernehmen müssen. Wäre der Umfang der Verpflichtung seinerzeit für die Bürgen durchschaubar gewesen, hätte sich wohl kaum einer in ein derartiges finanzielles Abenteuer gestürzt. Jetzt kommen in vielen Fällen Rückforderungen des Jobcenters für Leistungsbezüge der Flüchtlinge in erhebliche Höhe, die teilweise für die Flüchtlingspaten existenzbedrohend sind. 20 000 Euro können in den Jahren pro Person durchaus zusammenkommen. Das Urteil ist eine Schande für unsere „Wir schaffen das“-Staat und zutiefst unmoralisch.

Günter Mommertz aus Eschweiler hat sich Gedanken zum Text „Karl Lagerfeld, frei Schnauze“ über die verächtlichen Kommentare des Chanel-Kreativchefs zu Deutschlands Flüchtlingspolitik gemacht:

Herr Lagerfeld sollte sich in Grund und Boden schämen. Seine Ansicht im Hinblick auf die Flüchtlingspolitik ist jenseits des guten Geschmacks und eine schallende Ohrfeige für die verfolgten Menschen. Er verhöhnt sie ja geradezu. Ein Mann in seiner Position, der ob seines Reichtums und seiner Popularität logischerweise in seiner kleinen erlauchten Welt lebt, hat jeden Bezug zur Realität verloren.

Soll heißen: Herr Lagerfeld kann sich nicht in die Lage der Menschen versetzen, die, von Verfolgung und Tod bedroht, Hilfe suchen. Menschen, die oftmals nur noch das als Habe bezeichnen können, was sie auf dem Leibe tragen. Wenn Herr Lagerfeld dann auch noch diese Leute als Feinde der Juden bezeichnet, ist es der Gipfel der Geschmacklosigkeit. Die Flüchtlinge, die bei uns in Europa Schutz suchen, sind schlichtweg Menschen – egal, woher sie kommen aus dieser Welt. Wenn Sie Hilfe brauchen und aus einem unsicheren Land zu uns kommen, dürfen wir sie nicht abweisen. Wir Europäer haben die Pflicht, diesen Menschen eine Chance auf ein besseres Leben zu garantieren. Wie weltfremd ist Karl Lagerfeld eigentlich, wenn er behauptet, die BRD nehme heute die Feinde der Juden auf, die von den

Nazis verfolgt und getötet wurden? Wenn verfolgte und traumatisierte Menschen zu uns hilfesuchend nach Europa kommen und dieses Europa in der Lage ist, den Flüchtlingen eine Chance auf ein Leben in Frieden und Freiheit zu bieten, dann ist das schlicht und einfach gebotene „Nächstenliebe“. Dieses Wort, das in der Bibel den höchsten Stellenwert genießt, sollte Herr

„Jetzt kommen in vielen Fällen Rückforderungen des Jobcenters für Leistungsbezüge der Flüchtlinge in erhebliche Höhe, die teilweise für die Flüchtlingspaten existenzbedrohend sind.“

MICHAEL WEIGAND, LESER AUS AACHEN

Lagerfeld sich in sein Tagebuch schreiben. Fazit: Wenn bedrohte Flüchtlinge Hilfe suchen, darf man sie nicht abweisen, sondern man sollte ihnen alle erdenkliche Hilfe zu ihrem Wohlergehen angedeihen lassen. Das ist Menschenpflicht. Nicht mehr und nicht weniger.

Auch Günter Ohligschläger aus Eschweiler beschäftigt die Äußerungen des Modedesigners:

Ich bin weiß Gott kein Verehrer des Modekaisers Karl Lagerfeld. Er ist bekannt für seine Extravaganzen und seine manchmal provozierenden Äußerungen. Seine jetzige Aussage zu Frau Merkel, den Juden und deren schlimmsten Feinden, die zu Millionen zu uns kommen, ist harter Tobak. Das führt natürlich zu kontroversen Reaktionen. In meinen Augen ist

diese Aussage zwar hart, aber nicht unbedingt falsch. Auch wenn er ein prominenter Mensch ist – im Alter von circa 84 Jahren muss man ihm erlauben, seine Meinung frei zu äußern. Wir haben doch noch Meinungsfreiheit in Europa, oder?

Dr. Paul Pennings aus Kerpen meint zum Bericht „Kirchen definieren eine neue Rolle“ über den Kölner Flüchtlingskongress:

Jesus war Flüchtling. Er wurde von Herodes verfolgt und war mit dem Tode bedroht. Nur aus diesem einen Grund hat seine Familie mit ihm ihre Heimat verlassen. Damit ist jedoch auch gesagt, was er nicht war. Er war kein Migrant. Weder wollte seine Familie in Ägypten ansässig werden, noch hören wir, dass eine Großfamilie nachgeholt werden sollte. Mit zwölf Jahren jedenfalls, so lehren uns die Evangelien, war er wieder in seiner Heimat. Unsere Oberhirten scheinen da was zu verwechseln.

Friedhelm Kerres aus Aachen äußert sich zum Text „Berlin drosselt Nachzug von Familien“:

Nachdem das Menschenrecht, als Familie zusammenleben zu dürfen, für Flüchtlinge in Deutschland eingeschränkt worden ist, behindert Innenminister Thomas de Maizière sogar den Nachzug von Angehörigen, deren Antrag auf Familienzusammenführung vom zuständigen Bundesamt genehmigt ist. Schon nach den unseligen Dublin-Regeln müssen Angehörige bis zu sechs Monate warten, bis sie nachziehen dürfen. Darüber hinaus haben im Frühjahr die deutsche Regierung und der Minister de Maizière die griechische Regierung unter Druck gesetzt und mit ihr vereinbart, die Zahl der Nachziehenden drastisch zu senken. Der „Erfolg“: Im März kamen über 500

Angehörige, in den Folgemonaten nur noch etwa 70.

Das deutsche Innenministerium bestreitet dreist eine Beschränkung, während der griechische Migrationsminister Ioannis Mouzalas in einem Brief an de Maizière eine gemeinsame Erklärung sucht, warum europäisches Recht verletzt wird. Natürlich folgenlos: Bekanntlich hängt man die Kleinen, die Großen lässt man nicht nur laufen, sondern weitermachen.

Konrad Roth aus Düren schreibt zum Text „Drama auf der Balkanroute“:

Da liest man doch tatsächlich die vor Ahnungslosigkeit strotzende Feststellung, „ausgerechnet“ (!) Griechenland habe das Dubliner Abkommen ausgehebelt. Da sollte wohl „ausgerechnet“ Griechenland in seiner Situation die Tag und Nacht einfach so an seinen Stränden erscheinenden Tausenden auf seinem Boden regelrecht festhalten, „menschenswürdig“ – also keinesfalls billig – unterbringen, um dann für sie alle ausnahmslos äußerst aufwendige Asylverfahren durchzuführen – im Namen der EU. Und das alles, obwohl diese Leute gleich beim Ankommen laut genug erklärten, sie wollten auf keinen Fall in Griechenland bleiben, sondern möglichst schnell weiter – vor allem natürlich nach Deutschland, in das Land von Kanzlerin Angela Merkel –, wo man jetzt, wie es heißt, in der Asylflut versinkt!

Weit höher als Zeus und die anderen unsterblichen Götter des Olymps schweben offenbar die Götter des Europäischen Gerichtshofs über den Tatsachen auf griechischem Erdboden.

Vesna Stamm aus Alsdorf meint zum Artikel „Flüchtlingen ein neues Zuhause geben“:

Nichts gegen Flüchtlingshilfe, aber nach dem Motto „Klotzen und nicht kleckern“ muss es nun wirklich nicht sein. Viele Menschen in Alsdorf, Arbeiter und Steuerzahler, verspüren Neid oder sogar Hass bei so viel Willkommenskultur, da sie sich selbst eine Wohnung trotz schwerer Arbeit und Sparsamkeit nicht leisten können. Ebenerdige Duschen und Fahrstuhl im Treppenhaus, alles vom Feinsten, ist für viele ein Wunschdenken. Übrigens, wie hoch ist die Miete eigentlich? Ich muss es übersehen haben in Ihrem Bericht. Nicht nur beim Anblick der Flüchtlingskinder kommen einem die Tränen.

Streitthema Familiennachzug: Wer kümmert sich um die Kinder in Kriegsgebieten, wie hier die afghanische Soldatin? Foto: imago/Sean Cames

AM RANDE



► Anna-Maria Jansen aus Simmerath ist entsetzt aufgrund der Bastelanleitung „Ein Geschenk aus Klopapier?“ auf der Karlo-Clever-Seite:

So einen abartigen „Bastelvorschlag“ für Kinder habe ich noch nicht gelesen! Da wurde aber dermaßen krank gegrübelt, um ein solch hässliches, aufwendiges und unnützes „Geschenk“ herzustellen! Klopapier rupfen, wässern, kneten, acrylieren, melieren, rühren, wieder kneten, reißen, drücken, glattstreichen, trocknen, Geduld haben... Geht es noch? In jedem mittlereuropäischen Haushalt gibt es gefühlte 580 Schüsseln und Schüsselchen! Schöner! Von denen wird nur ein Bruchteil für Füllmaterialien genutzt, die anderen sind „Stehrümchen“. Was soll dieser Irrsinn? Der Rat einer 71-Jährigen: Spielt „Mensch ärgere dich nicht“ und „Memory“, schaut im leeren Garten nach Ästchen und Zweigen und schmückt sie mit auch vorhandenen Sternchen und Kügelchen, geht in den Wald oder in den Park und staunt, wie viel verschiedenes Moos es gibt. Freut euch über Schneeflocken, wenn sie fallen, und probiert mal, wie sie schmecken, hilft, die paar noch vorhandenen Vögel richtig zu füttern, fragt eure Eltern, Opas, Tanten, wie es früher war, und lasst es euch erzählen oder auch vorlesen. Und vor allem eines: Lernt dringend, dass unsere schöne Welt nur eine Chance hat mit erheblich weniger „Zeug“, statt mit immer mehr.



► Hans Georgi aus Aachen richtet das Wort an den Aachener Karnevalsverein:

Lieber AKV, mit Freude las ich kürzlich in einer deutschen Zeitung, dass der Ex-Vorstandschef von Air Berlin, Joachim Hunold, vor Jahren bis zu 60 000 Euro an den AKV gespendet hat (Anm. d. Red.: Quelle ist der Text „Firmengelder veruntreut? Gutachten belastet Air-Berlin-Gründer“ in der „Bild am Sonntag“ vom 29. Oktober 2017). Aufgrund seines stark ausgeprägten rheinischen Humors, gepaart mit den erwähnten großzügigen Spenden, war es nur zu verständlich, Herrn Hunold zum Ordensritter wider den tierischen Ernst zu küren. Auch ich möchte Ihnen eine großzügige Spende (die Höhe sollten wir in einem persönlichen Gespräch erörtern) zukommen lassen, in der Hoffnung, eventuell im Jahr 2019 als Nachfolger des designierten Ordensritters Winfried Kretschmann in die engere Wahl zu kommen (Sie wissen, was ich meine). Nachdem sich leider herausstellte, dass Herr Hunold das Geld anscheinend aus dem Betriebsvermögen von Air Berlin spendete, hoffe ich inständig für den AKV, dass die Summe nicht noch nachträglich in die Insolvenzmasse zurückfließen muss. Bei meiner Spende brauchen Sie keine Bedenken zu haben. Ich verfüge nicht über ein entsprechendes Betriebsvermögen. Ich habe mir die Spendensumme über Jahre von meiner überschaubaren Rente abgespart. In der Hoffnung auf eine positive Antwort Ihres Vereins!

INFO & KONTAKT

Die Redaktion bittet um Verständnis dafür, dass sie wegen der vielen Zuschriften nur eine Auswahl treffen kann und Kürzungen vornehmen muss. Die Längenbegrenzung liegt bei 1800 Zeichen inklusive Leerzeichen. Bitte beachten Sie, dass auch Leserbriefe, die per E-Mail geschickt werden, die vollständige Anschrift des Verfassers enthalten müssen.

Des Weiteren möchten wir darauf hinweisen, dass Leserbriefe nicht die Meinung der Redaktion widerspiegeln.

Leserbriefe senden Sie bitte per E-Mail ein oder an: Redaktion Leserbrief Postfach 500 110 52085 Aachen

Leserbrief-Redaktion: (montags bis freitags, 9 bis 18 Uhr) Tel.: 0241/5101-431, -300 Fax: 0241/5101-360 leserbrief@zeitungsverlag-aachen.de

Ahnungslosigkeit, Glaube und jenseitige Hoffnungen

Dr. Alexander Schüller aus Aachen meldet sich zum Gastbeitrag im Magazin „Zur Folklore verkümmert“ von Michael Wolffsohn, Historiker und Publizist, zu Wort:

Seine Analyse des Religionsunterrichts, den er als „meist langweilig“ bezeichnet, scheint von einem tiefen Wissen über die alltägliche Unterrichtspraxis zu zeugen. Man fragt sich, wie er, der emeritierte Professor und Autor zahlreicher Bücher und Aufsätze, der gefragte Talkshowgast und fleißige Redner, die Zeit gefunden hat, regelmäßig am Religionsunterricht teilzunehmen? Mit seiner plumpen Gegenüberstellung, Naturwissenschaft auf der einen und Religionsunterricht auf der anderen Seite, bleibt Wolffsohn hinter der im Kernlehrplan formulierten Kompetenzerwartung zurück: Er kommt zu einem schlecht begrün-

deten und insofern wenig tragfähigen Urteil.

Überhaupt ist das Ärgerliche an seinem Beitrag, dass Wolffsohn höchst Komplexes gerne in simple Schwarz-Weiß-Schemata presst. Niemand betrachtet die Bibel als „verdummende(n) Kinderkram“ und schlägt sich auf die Seite der Naturwissenschaften. Das wäre auch nicht auf der Höhe der Forschung.

Gerade der Lehrstuhl für Systematische Theologie an der RWTH Aachen hat sich bei der Vermittlungsarbeit zwischen Theologie und Naturwissenschaften ein weit über die Region reichendes Ansehen erworben. Dieser Einfluss, nicht der Einfluss namenloser „Dogmatiker“, macht sich in der Schule bemerkbar. Die Schülerinnen und Schüler mit dieser Religion bekannt zu machen, ist (Her-

zens-)Angelegenheit und eine der Kernaufgaben unseres Unterrichts im Hinblick auf die Zukunftsmöglichkeiten dieses Dialogs, der bereits heute wichtiger denn je ist. Da hilft ein Beitrag über die religiöse Ahnungslosigkeit der Menschen und die Versäumnisse des Religionsunterrichts, der selbst von Ahnungslosigkeit geprägt ist, nicht sonderlich weiter. Im Gegenteil: Als Lehrer, der längst tut, was Wolffsohn pseudo-visionär zum neuesten Unterrichtsziel erhebt, fühlt man sich „für dumm gehalten“.

Hans-Jürgen Ferdinand aus Aachen betont hinsichtlich des Wolffsohn-Textes:

Ihr Kolumnist stellt richtigerweise fest, dass Religion für die alt-eingesessene deutsche und west-europäische Gesellschaft eine im-

mer geringere Rolle spielt. Wenn die Weltreligionen der Zukunft noch so etwas wie Bestand haben wollen, werden sie den von göttlichem Ballast und jenseitigen Hoffnungen beherrschten Glauben aufgeben und ausschließlich von einer diesseitigen Ethik getragen sein müssen, die Menschlichkeit und Verantwortung nach den Maßstäben des dann Machbaren ausrichtet. Ob die Religionen allerdings dann, ihrer Geschäftsgrundlage beraubt, einen solchen Wandel vornehmen und noch fortbestehen können, ist jedoch mehr als fraglich.

Es wächst erfreulicherweise die Zahl jener Denker, die Religion nicht mehr als Jenseitsglauben, sondern als eine diesseitige Verantwortung interpretieren.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass wir in Gesellschaften le-

ben, die noch immer von religiösen Geboten behindert und von religiöser Gewalt bedroht werden. Der Dialog, den wir führen, hat den Ausgeburten des Übels in unserer Welt nicht Einhalt gebieten können. Wir müssen leider feststellen, dass selbst Bildung und Wohlstand als Garant für rationales Denken nicht ausreichen. In der Tat, selbst in der westlichen Welt halten gebildete Menschen und an ihrer Spitze religiös motivierte politische Leitbilder am blutigen Erbe verfloßener Zeiten fest. Um diesem Problem abzuwehren, genügt es nicht, eine Minderheit religiöser Extremisten in Schach zu halten; wir müssen zwingend einen Zugang zur Ethik und zum spirituellen Erleben finden, der sich nicht auf den Glauben stützt, und dieses Wissen müssen wir jedermann verkünden.